

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit den tgl. Unterhaltungsbeilagen: 1.20 Mk. (Post- und Transportkosten eingeschlossen) monatlich 40 Pf. (Post- und Transportkosten eingeschlossen) vierteljährlich 1.20 Mk. (Post- und Transportkosten eingeschlossen) halbjährlich 2.40 Mk. (Post- und Transportkosten eingeschlossen) jährlich 4.80 Mk. (Post- und Transportkosten eingeschlossen). Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.20 Mk., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 1.50 Mk. — Erscheinungstage: mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3465.  
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zingststraße 14. Tel. 1769.  
Verkaufspreis: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Anzeigen werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Belegausgaben 20 Pf. Interests müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 177.

Dresden, Mittwoch den 3. August 1910.

21. Jahrg.

## Feldzugspläne.

Im Lager der Gegner beginnen die Rüstungen für die nächsten Reichstagswahlen. Auch dort weiß man, daß die kommenden Kämpfe mit zu den bewegtesten und erbittertesten gehören werden, die man aus der Geschichte der Wahlen zum Reichstage kennt. Selbst die Konservativen, die sich bisher mehr und mehr auf die „bewährten Mittel“ verlassen, die aus den Verhandlungen über angefochtene konservative Mandate nur allzu bekannt geworden sind, bemühen sich jetzt um den Ausbau ihrer Agitation und Organisation. In den „Mitteilungen aus der konservativen Partei“ wird den konservativen Agitatoren auseinandergesetzt, wie sie arbeiten sollen, um konservative Erfolge zu sichern. In den Kreisen, die jetzt konservativ vertreten sind, sollen sich die Agitatoren dem bestehenden konservativen Abgeordneten persönlich vorstellen und sich nach den Verhältnissen des Wahlkreises „und den besonderen Wünschen und Ratsschlüssen des Abgeordneten“ erkundigen. Eine Liste der besonders zuverlässigen Konservativen soll zusammengestellt werden; die besonderen Wünsche der Wähler sind sorgfältig zu erkunden. Danach sollen sich die Agitatoren ihr Vortragsmaterial zusammenstellen. Ganz besonders soll beachtet werden, ob sich der Abgeordnete um bestimmte gesetzgeberische Maßnahmen (Reichsfinanzreform?) besondere Verdienste erworben hat. Weiter heißt es in den Mitteilungen:

Der Beauftragte wird sich ferner durch den konservativen Abgeordneten oder auf andere Weise zu unterrichten suchen über die Wahlverhältnisse auch des ganzen Landes, in dem der Wahlkreis gelegen ist, so über die Verteilung der Bevölkerung auf die Städte und auf das Land, über die hauptsächlichsten Erwerbsarten der Bevölkerung, über die hauptsächlichsten gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse, über die Abhängigkeitsverhältnisse und Verkehrsverhältnisse (Eisenbahnen, Anschläge an Staatsbahnen, Haltepunkte der Bahnen) und etwaige hierfür in Frage kommende Bestimmungen, über die Geschichte des Landes und der Städte, über die Namen und Verdienste hervorragender lebender oder verstorbener Männer, die in der Gegend leben oder gelebt haben, selbst wenn sie vom rein politischen Standpunkt aus kein besonderes Interesse beanspruchen können. Schließlich ist es nötig, sich zu unterrichten über die im Wahlkreise erscheinende Presse, wo, wie oft und an welchen Tagen die im Wahlkreise befindlichen Zeitungen erscheinen, und vor allen Dingen, welche politische Richtung sie vertreten.

Für alle diese Arbeiten wird natürlich der Reichsverband Helferleistungen zu leisten haben, auch willig und gern leisten. Nach jenen Mitteilungen kann man ohne weiteres ein Bild der konservativen Agitationsarbeit konstruieren: man wird dort nach Möglichkeit den Versuch machen, den Blick von den großen politischen Fragen abzulenken, um mit umso größerem Nachdruck lokale Fragen und lokale Interessen in den Vordergrund zu drängen. Man wird weniger die konservative Politik als den konservativen Kandidaten und seine Persönlichkeit als Vorkämpfer für politische unzeitliche Wähler auszunutzen.

Diese Absicht wird allerdings nicht ohne gewisse Schwierigkeiten durchzuführen sein, erstreckt dann nicht, wenn es den Mitteilungen mit dem Vorschlag erweist ist, für die Wahlveranstaltungen freie Aussprache in vollem Umfange zu gewähren. Es heißt dort:

„Es passiert es, daß ein Gegner Jahre und Jahrzehnte in einem Orte als eine große politische Leuchte nur deshalb gilt, weil ihm niemals jemand in der Öffentlichkeit in politischer Rede entgegengetreten ist. Wird mit ihm dann während der Diskussion im Wahlen gefolgt, so kommt die Versammlung in den meisten Fällen zu der Überzeugung, daß dem konservativen Referenten angehörend eines solchen Gegners auch in bange geworden sei, und dann nützt dem Referenten auch die beste Entgegnung nichts mehr.“

Worüber darf man noch daran zweifeln, daß in konservativen Versammlungen Gegnern ohne Unterschied der Parteilichung volle Redefreiheit eingeräumt wird. Wenn sich Sozialdemokraten zum Worte melden, wird die konservative Bereitwilligkeit zu freier Aussprache in vollem Umfange in ewigliche Gewissensbedrängnisse geraten. Man wird das gleiche Schauspiel erleben, das uns so oft auch von anderen bürgerlichen Parteien bereitet wird und das durch erbärmliche Dummheit und Angst veranlaßt wird: daß gleich in den Einleitungen zu den Versammlungen zum Ausdruck gebracht wird, man werde gegen Sozialdemokraten rücksichtslos „vom Hauswege“ wegschicken.

Auch die organisatorische Tätigkeit der Konservativen macht Fortschritte. In Preußen, das sie als besonders „bedrohlich“ ansehen, sind drei Bezirke mit je einem konservativen Sekretariat gebildet worden.

Für die Sozialdemokratie ist ein Hinweis auf eine solche eifrige Arbeit der Gegner nicht gerade dringlich; sie hat nicht die Geflohenheit, sich jahrelang auf Ohr zu legen, um erst dann vor der Schlacht mit größerem Eifer zu rufen. Unsere demernde Agitations- und Organisationsarbeit erhält die Massen unserer Genossen jederzeit Kampf- und Schlachtfähigkeit.

Um so wichtiger ist der Versuch der Deutschen Tageszeitung, sozialdemokratische Erfolge aus der allgemeinen „Verärgerung“ bürgerlicher Kreise zu erklären, die „durch die Wahlen des Reichstages nicht etwa Zugehörigkeit zu dieser Partei bekommen, sondern nur dem Groß, Unmut und Ärger in möglichst deutlicher Weise Luft machen“. Das Blatt der Roten und Opferwilligen scheint zu der konservativen Werbe-

arbeit kein allzu großes Vertrauen zu haben, und deshalb schimpft und wütet es aus Anlaß des sozialdemokratischen Sieges in Garmisch-Ludwigshausen über „politische Unreife“. Es beschimpft die Wähler, die am Sonnabend ihren Stimmzettel für unseren Genossen in die Urne legten, als „finstlich und knabenhaft“ und meint: „Nur unreife Leute lassen sich in eine Stimmung hineinbeugen, die zu unsinnigen Taten treibt.“ Also nur in jenen dunklen Winkeln, in denen agrarischer und konservativer Terrorismus die politische Unausgeklärten zur Stimmabgabe für den Konservativen zwingt, gibt es „reife Leute“! Natürlich wird sich die Deutsche Tageszeitung auch mit Entrüstung gegen die Deutung wenden, daß es unter dem Zeichen des allgemeinen Wiederaufbaues 1907 allerdings gelang, große Teile der Wählerschaft in eine Stimmung hinein zu beugen, die zu unsinnigen Taten trieb. Allerdings ist die Kaufstimmung längst verfliegen und bittere Ernüchterung ist eingetreten, die durch keine konservative Anstrengung wieder ausgelöscht werden kann. Die Taten des Wiederaufbaues und die Frevel der Schnapshändler haben Tausende und Aber-tausende aus ihrer Selbsttäuschung und Selbstverblendung aufgerüttelt. Nicht „finstlich und knabenhaft“ ist es, der sie veranlaßt, sozialdemokratisch zu stimmen, sondern klare und bewußte Einsicht, daß nur von der Sozialdemokratie Rettung aus heilloser Not zu erwarten ist. Wer sozialdemokratisch stimmt, weiß, was er tut. Wir sind es nicht gewohnt, aus unserm Willen und Streben ein Geheimnis zu machen; unser Werbe- und Aufklärungsarbeit läßt keinen darüber im Zweifel. Und gerade darum strömen uns die Massen zu, weil sie wissen, daß wir ihnen ohne Trug und ohne Falz entgegenreten. Es ist deshalb nur ein elender und infamer Schluß, wenn die Deutsche Tageszeitung zu dem Schlusse kommt, „die Menge sei noch nicht reif für das gleiche und allgemeine Wahlrecht“!

Da das Dörflein weiß, daß trotz der agrarisch-konservativen Feindschaft gegen das Reichstagswahlrecht ein so offenes Bekenntnis zur Wahlrechtsfeindschaft, „konservative Aufklärungsarbeit“ nicht gerade erleichtert, will sie ausbrechlich hervorbrechen, „mit künftigen Wählermassen von vornherein zu begegnen“, „daß wir damit nicht etwa für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts eintreten möchten. Wir haben diese Ausführungen nur gemacht, um dadurch die zwingende Notwendigkeit fortgesetzter Aufklärung der Wähler zu beweisen. Nur durch solche Aufklärungsarbeit kann nach und nach die Menge zur politischen Reife erzogen werden.“

Nun, die Konservativen wollen damit ja jetzt ihr Ziel und Glück probieren. Selbst die „die Namen und Verdienste hervorragender lebender oder verstorbenen Männer“ sollen zur Rettung der Konservativen und zur Erziehung zu politischer Reife helfen. Die Konservativen und ihre Helfershelfer können sich beruhigen: jene Aufklärungsarbeit wird schon hinreichend durch die Taten der versippten Schwarzblauen besorgt. Gerade die sozialdemokratischen Erfolge sind der sicherste Beweis, daß die politische Reife und Einsicht der Massen im Wachsen begriffen sind. Und an uns wird es nicht fehlen, diese Reife und Einsicht so zu fördern und zu stärken, daß es den Feindern angst und bange werden soll!

Aber die Konservativen und ihre Bundesgenossen sind wie mit Blindheit geschlagen, mit einer Blindheit, die ihren Ursprung in frechem Hebermut und bössartiger Feindschaft gegen die aufstrebenden Schichten der arbeitenden Masse hat. Selbst die Nationalliberale Korrespondenz scheint lichte Augenblicke tieferer Einsicht zu haben, wenn sie schreibt:

„So wird denn von Wahl zu Wahl, wenn ein sozialdemokratischer Sieg sich an den andern reiht, immer wieder und immer erneuert es ausgesprochen sein, daß die konservative Politik mit ihrem Verhalten bei der Reichsfinanzreform Konsequenzen heraufbeschworen hat, für die sie vor der Geschichte die Verantwortung zu übernehmen hat. Eine Verantwortung, an der sie Golt und Romarthe gegenüber einmal schwer zu tragen haben wird, und von der auch die Regierung und die in ihr leitenden Männer nicht ihren Anteil werden ablehnen können.“

Aber solche lichte Augenblicke kommen den Nationalliberalen nur selten. Anstatt nun die Konsequenzen zu ziehen, die keinem Nationalliberalen fremd sein können, veröffentlicht die nationalliberale Rheinisch-Westfälische Zeitung wieder einmal — an leitender Stelle — einen Artikel, in dem den Nationalliberalen dringlichst der Anschluß an jene gefährliche Politik empfohlen wird, deren verhängnisvolle Tragweite von der Nationalliberalen Korrespondenz so bitter betont wird. Er heißt in jenem Artikel offen und unabweisend:

„Es liegt im Staatsinteresse wie auch im Interesse der nationalliberalen Partei, wenn die bei dem laufenden Kampfe um die Reichsfinanzreform ausgegrabenem Streitigkeits endlich wieder die wohlverdiente Ruhe lände und zwischen Nationalliberalen und Konservativen eine Fühlungnahme stattfinde, die zu einer Verständigung führen könnte. Die konservative Partei würde sicherlich hierzu gerne ihre Hand bieten.“

In dem Artikel wird dann weiter ausgeführt, es sei ein Irrtum, wenn angenommen werde, daß bei den künftigen Reichstagswahlen die Konservativen — große Enttäuschungen erleiden würden. Auch daraus müsse der Schluß gezogen werden, daß eine zielbewusste Rechtspolitik der nationalliberalen Partei nur zum Vorteil gereichen könne.

Die Konservativen, die für ihre Agitatoren jenen Feldzugsplan für die Wahlarbeit ausarbeiten, dürfen sich also

der treuen Hilfe und der liebevollen Geneigtheit zur Unterstützung sicher wissen.

Für die Massen der Wähler ist das eine neue Ermahnung zu kräftiger Abwehr gegen konservative Eroberungsgeister und eine ernstliche Aufforderung zum Vertrauen gegen Nationalliberale jeder Färbung und Schattierung.

Ob sich Schwarze und Blaue zu Freveln an den Massen des Volkes verkippen, oder ob sich Konservative und Nationalliberale zur Stärkung bössartiger Reaktion verbinden! Immer sind es die Massen, die die Unkosten solcher Verbindungen zu bezahlen haben.

Aber sie haben es in ihrer Hand, das Unheil von sich abzumenden und den Reaktionskräften eine solche Niederlage zu bereiten, daß ihnen die Gistähne ausgebrochen und die Lagen gründlich beschnitten werden.

## Der Hansabund gegen den agrarischen Terror.

Der Hansabund und die liberale Agitation auf dem Lande haben neuerdings — wie die Sozialdemokratie seit jeher — unter der brutalen Verfolgungsjagd der im Bunde der Landwirte organisierten Gutsbesitzer und ihres beamteten Anhangs schwer zu leiden. Erst neulich ereignete sich der Fall, daß der kaufmännische Verein eines pommerischen Landstädtchens durch die Drohung des Bundes der Landwirte gezwungen wurde, seinen bereits erklärten Beitritt zum Hansabund wieder rückgängig zu machen. Infolge dieses Falles und ähnlicher Vorkommnisse hat der Hansabund einen geharnischten Rufus „gegen das staatsgefährliche und terroristische Treiben des Bundes der Landwirte“ erlassen, der durch seine Vorkommnisse „in frieboler und verantwortungsloser Weise“ den sozialen Frieden veräut.

Der Hansabund rät seinen Mitgliedern, auf dem Wege des Zivilprozesses, unter Berufung auf § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, gegen die „Zwang- und Gewaltpolitik“ des Bundes der Landwirte vorzugehen und regt überdies eine Kenderung des Strafrechts an, die gegen das Treiben der Agrarterroristen Schutz gewähren soll. Wir fürchten, daß mit Zivilgerichten und Strafgesetzen gegen diesen wirklichen Terror der ostelbischen Nachthaber nichts auszurichten sein wird, sondern daß dabei höchstens Zwangsmassregeln gegen — Arbeiter herauskommen würden, die für staatsbürgerliche Freiheit und bessere Lohnbedingungen kämpfen.

Die Deutsche Tageszeitung, das Organ des Bundes der Landwirte, liefert in seiner Antwort auf die Forderung des Hansabundes ein bisher vielleicht unerreichtes Muster publizistischer Deuschel und Schamlosigkeit. Das Blatt des Herrn Dietel bringt es fertig, in einem Atem zu leugnen und zugleich zum härtesten Boykott weiterzugehen. Nachdem es scheinheilig versichert hat, der Boykott sei „grundsätzlich“ zu verurteilen — was sind für Herrn Dietels Geschäft „Grund-sätze“? —, fährt es nämlich sogleich fort:

„Andererseits kann man es keinem Landwirt verdenken, wenn er die Geschäftsleute unterstützt, die für seine Interessen ein gewisses Verständnis haben und wenn er auf der andern Seite die Geschäftsleute meidet, die ihn von oben herab ansehen oder politisch bekämpfen. Niemand kann es insbesondere einem Mitgliede des Bundes der Landwirte verdenken, wenn es mit Mitgliedern des Hansabundes nichts zu tun haben will, des Hansabundes, der ja bekannter und zugeständenermaßen gegründet worden ist, um den Bund der Landwirte zu bekämpfen.“

Was hier proklamiert wird, ist nichts anderes als der wirtschaftliche Terrorismus in der schärfsten Form. Das offizielle Organ des Bundes der Landwirte ruft seinen Mitgliedern zu: „Meidet die Geschäftsleute, die den Bund der Landwirte bekämpfen, löst alle geschäftlichen Beziehungen zu Mitgliedern gegnerischer Organisationen!“ Von da bis zur Boykottierung von Geschäftsleuten, die sich weigern, dem Bunde der Landwirte beizutreten, ist nur noch ein kleiner Schritt, und auch der ist schon längst gemacht worden, wie aus der Erklärung des Hansabundes hervorgeht, in der es heißt:

„Bei der Auslegung des § 826 B. G. B. exemplifizieren zahlreiche Kommentare zum bürgerlichen Recht auf den Fall, daß ein Agitator des Bundes der Landwirte die Bevölkerung eines ländlichen Bezirkes zum Boykott einer Gastwirtschaft auf-forderung, deren Besitzer dem Bunde beizutreten sich weigerte.“

Als die Berliner Genossen bei der letzten Landtagswahl berechnete und unternehmliche Notwehr gegen den schamlosen Terrorismus des öffentlichen Massenwahlrechts übten, mit dem Erfolg, daß das ganze korrupte System der öffentlichen Abstimmung über den Haufen gerannt wurde, wie groß war da das „moralische“ Entsetzen der biedern Herren von der Rechten! Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung trugte damals das schöne Wort vom „sozialen Kannibalismus“ der Sozialdemokratie. Vielleicht nimmt das Regierungsbüro, das sich neulich so bitter über Stoffmangel beklagte, die Gelegenheit wahr, jetzt mit mehr Berechtigung gegen das Kannibalentum der agrarkonservativen Großgrundbesitzer aufzutreten? Sie werden sich wohl hüten, die Herren Geheimräte und Beihmann-Offiziere! Denn sie sind mit allen Wassern gewaschen und wohlbewandert in der edlen Kunst, Wästen zu seigen und Ramele zu schlachten!

st  
A  
mm.  
icke.  
3.  
ies  
ert.  
erk.  
traut  
bel.  
te 8.  
dhan  
Dauer mit  
schlich einer  
beurteilung  
len.  
mit 200  
Qualität  
bel  
del  
ganzig. In  
empfangen.  
he 3 u 10  
st  
allsonst.  
schreiben!  
niriert in den  
Hauseberg  
chtung!  
aul  
äum!  
en Stern  
ng.  
die Wirtsh  
be 10.  
ereiter  
Neut  
amtsant  
nzert.  
achen.  
Dachsel  
-otto  
elbe.  
Welter  
Weber.

# Deutsches Reich.

## Die Tragödie einer Mutter.

Die Aufregung darüber, daß der Sittlichkeitsverbüchler Rektor Vock von der Berliner Gemeindevorstandsschule sein Treiben jahrelang ungehindert fortsetzen konnte, ist in Berlin begreiflicherweise nicht gering, sie steigerte sich zur Entrüstung als bei dieser Gelegenheit obenstehend noch folgendes herauskam. Schon vor sechs Monaten war eine Untersuchung gegen den Rektor Vock anhängig, weil ein schwangeres Mädchen aus dem Hause der Mutter Vock, das es von ihm zum geschlechtlichen Verkehr verführt worden sei. Damals wurde die Untersuchung gegen Vock eingestellt, dagegen das „verlogene“ Mädchen in Fürsorgeerziehung gegeben, und die Mutter des Mädchens wurde wegen Verbrechen gegen das künftige Leben zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. So hat auch hier wieder das Frauenopfer ein schuldloses Opfer verschlungen; denn die verurteilte Frau hat nichts anderes getan, als was in demselben Fall 99 von 100 Müttern auch getan haben würden, ohne mit ihrem Gewissen in Konflikt zu kommen. Vielleicht hat die Frau kopflos gehandelt und verdient deshalb Tadel, aber was sie getan hat, war zweifellos eine Tat der mütterlichen Verzweiflung, bei der sie keine andere Absicht leitete, als die, ihrem unglücklichen Kinde zu helfen. Es ist doch schließlich physisch und moralisch etwas sehr Verschiedenes, ob ein erwachsenes Mädchen, das sich der Folgen seiner Handlungsweise bewußt sein kann, in solchen Zustand gerät oder ob ein Kind unter 14 Jahren durch irgend einen Schurken geschwängert wird. Im ersten Fall kann man mit Recht verlangen, daß sich die Geschwängerte mit ihrer werdenden Mutterpflicht abfindet, im zweiten handelt es sich aber um etwas so Außerordentliches und nach unserem Empfinden beinahe Unnatürliches, daß die Beteiligung der Folgen als durchaus zweckmäßige Quälungsweise erscheinen muß.

Wäre die verurteilte Mutter keine Proletarierin, sondern eine reiche Frau gewesen, so hätte sie sich einen teuren Arzt kommen lassen, der sofort festgestellt hätte, daß das Mädchen nicht imstande sei, ohne schwere Schädigung seiner Gesundheit die Leibesfrucht auszutragen. Man hätte dann die notwendigen ärztlichen Eingriffe vorgenommen, und alles wäre in Ordnung gewesen! Daß solche Praktiken in den „besseren“ Schichten der Bevölkerung vielfach geübt werden, nicht bloß an Mädchen unter 14 Jahren, sondern auch an reifen und sogar verhältnismäßig recht gesunden Frauen und Fräulein, ist doch ein offenes Geheimnis. Wenn die Justiz für solche Zustände weder Augen noch Ohren hat, so muß die kalte Buchstabengerichtigkeit, die sie an den Frauen und Mädchen des Volks übt, als doppelt hart empfunden werden, denn was hier zur Verhaftung führt, ist nicht mehr die Tat selbst, sondern die Unerschrockenheit und die Armut.

## Die Bauern und die Getreidezölle.

Die Behauptung der sozialdemokratischen Agitation, daß an den hohen Getreidezöllen die Klasse der Bauern, die eigentliche Gefolgschaft deutger Agrarier, gar nicht interessiert sei, findet jetzt in agrarischen Kreisen selbst eindrucksvolle Bestätigung. Der steinmärkische christlichsoziale Bauernabgeordnete Müller v. Bang und der Professor Hoffmeister von der Hochschule für Bodenkultur in Wien sind diese Widersacher der Volkswarmer, zwei Wochenscheite in der Wollgefabrik Agrarier. Hoffmeister wurde vom Landwirtschaftsministerium beauftragt, den Einfluß der Getreidezölle auf die Rentabilität der Bauerngüter zu untersuchen; bald aber verbot ihm das Ministerium, die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung zu veröffentlichen! Nun hat Abg. v. Bang eine Broschüre über jene Materie herausgegeben und er kündigt weitere Veröffentlichungen an.

Was für ein Ergebnis haben nun jene Erhebungen, die unter allen Vorbehaltungen, ja kein antiagrarisches Bild entstehen zu lassen, vorgenommen wurden, geliebert? Es wird nachgewiesen, daß selbst auf günstigem Getreideboden die Wirtschaften unter zehn Joch nicht mehr in der Lage sind, Produkte ihres Pflanzensowas zum Verkauf zu bringen. Sie müssen vielmehr Getreide für die Menschen und Futter für das Vieh einkaufen und sind daher auch am niedrigen Getreidepreise interessiert. Aber selbst der getreideverkaufende Bauer — mit Ausnahme des Großbauern — hat nichts von den hohen Getreidepreisen; denn die sind es, schreibt der Agrarier, die die Löhne und die Preise der Getreidetreibenden hinaufschrauben. Die Lage der Getreidebauern selbst hat sich also nicht verbessert. Danach kann man sich denken, was die Erhebungen in jenen Gegenden ergeben, wo z. B. Obst und Wein gebaut wird und der Bauer reiner Getreidekonsument ist! Geradezu trübselig aber fanden es die agrarischen Verfasser in minder fruchtbarem Gebirgs- und Alpenland. Hier ertastet sich die Hochschuttpolitik als reine Bauerndernichtungspolitik; und sie befördert mehr als sonst etwas die Proletarisierung! Die Bauern haben nichts von den hohen Getreide- und Futtermittelpreisen; die übrige durch die Teuerung erhaltene Bevölkerung aber wird zum Haß gegen die Bauern getrieben. Der Bauer steht also, führt die agrarische Schrift schließlich aus, in seiner ganzen Interessensphäre dem Gewerbetreibenden und Arbeiter viel näher als dem Großgrundbesitzer, und er soll auch deshalb schon eine vernünftiger, dem mehr angepasste Wirtschaftspolitik treiben, weil er selbst, sein Bruder und seine Edhne, Lebensmittelkonsumenten sind oder werden können. Heute hat er durch die Gefolgschaft, die er den Großgrundbesitzern leistet, nur anderen die Kaschanten aus dem Feuer geholt und sich dabei selbst die Hände verbrannt.

Diese Ausführungen eines Bauernabgeordneten im Reichstags sind auch für uns von allergrößtem Wert. Wären sich die Genossen in der Landtagung darauf berufen, wie hier ein Agrarier über jene unsumme Politik denkt und urteilt, die bei uns die Bundes der Landwirte ist; daß die Bauern gegen ihr eigenes Interesse den Großgrundbesitzern die Kostantien aus dem Feuer holen.

## Die Grenzen auf!

In der feilschnigen Presse wird eine Unterredung des Vorstehers der Berliner Fleischschlachtung mit einem Arbeiter dieser Zeitungen wiedergegeben. In der Unterredung wird angekündigt, daß in den nächsten Tagen die Fleischpreise um 10 bis 15 Prozent steigen würden. Die Einkaufspreise der Metzger seien demnach hoch, daß Hunderte von kleinen Fleischwerkstätten in Berlin ruiniert würden und ihr Geschäft auflösen oder den Konturs beantragen müßten. Die Ursachen dieser Teuerung erörtert der Sachverständige darin, daß ausländisches Vieh überhaupt nicht oder nur unter sehr erschwerten Umständen nach Deutschland eingeführt werden kann. 95 Prozent des zum Verkauf gelangenden Viehes sei nicht einmal schlach-

reif; es sei kein Saft und keine Kraft im Fleisch, häufig aufgeschwemmt, ohne Mark und Kern. Daß die Grenze wegen Seuchengefahr nicht geöffnet werden könne, sei einfach nicht wahr. Das Vieh aus Oesterreich oder Schweden sei mindestens nicht weniger gesund als das deutsche. Man möge sich nur den prächtigen Viehbestand in Oesterreich und in Schweden selbst einmal ansehen. Das deutsche Vieh könne gar nicht auswachsen, weil es von den Großgrundbesitzern verkauft werde, sobald es einigermaßen transportfähig sei. Bei den Versuchen, bei der Regierung eine Befreiung der Grenzsperrung zu erlangen, sei die Berliner Fleischschlachtung stets abschlägig beschieden worden.

## Die Annahme der dänischen Steuerreform.

Es ist nicht ganz leicht geworden, die Politik der Krone während der letzten Jahre zu verfolgen, nicht das ganze Werk der Steuerreform, an dem die Kammer zwei volle Jahre gearbeitet haben, im letzten Augenblick scheitern zu lassen. Man hat die Einführung um eine Woche hinausgeschoben, um Zeit zu Verhandlungen hinter den Kulissen zu gewinnen. Am Montag stimmten denn die hohen Herren im Einkommensteueramt den von der Zweiten Kammer beschlossenen, dem Reichsrat aber zuvor einstimmig abgelehnten 5 Proz. für die Einkommen über 150 000 M. mit 47 gegen 20 Stimmen zu; unter denen die entworfenen waren, an dem Mehr von 1/2 Proz. die ganze Reform scheitern zu lassen, waren auch drei Prinzen des Hauses Wittelsbach.

Die Sitzung gestaltete sich zu einem förmlichen Aufstand der Geborenen gegen die Regierung und ihr System. Und die Kriegserklärung gegen die angeblich reichsratsfeindliche Regierung wurde gerade dem einem Wortführer der Mehrheit, dem früheren reaktionären Ministerpräsidenten Crailsheim, in denbar schroffer und dochharter Form begründet. Denn auch die Mehrheit sieht in der Steuerreform die demokratische Tendenz, die das Volk einseitig auf Industrie und Großkapital zu wälzen. Crailsheim feierte die Geis Kammer als ein Fort konstitutioneller Geminnung, als eine Körperschaft, die jedem Versuch, das parlamentarische System einzuführen, Widerstand leistet und die monarchische Grundlage verteidigt. Indem er der Regierung vorwarf, nur auf die Anschauungen der Zweiten Kammer Rücksicht zu nehmen, sagte er sie also an, daß sie jene Güter preisgäbe. Man könne trotz der prinzipiellen Bedenken und trotz der Überzeugung, daß durch das Steuerreform die Industrie aus Wahren bedrängt oder ruiniert würde, der Vorlage nur deshalb zu, weil sonst die Zweite Kammer durch Zuschläge zu den letzten Steuern, unter prozentualer Mehrbelastung der Kapitalisten, die Mittel aufbringen würde. Die würde die Erste Kammer zwar dann ablehnen; die Folge aber wäre — da nach der dänischen Verfassung die Einkommen nur insoweit als bewilligt gelten, als beide Häuser übereinstimmen —, daß die höheren Steuererlässe fallen, die Regierung mit den ungeliebten Einkommen nicht auskommen, folglich ein budgetärer Zustand entstehen würde. Ohne bewilligtes Budget aber könne die Regierung nicht bestehen, was sie wollte (wieder nach der Verfassung), und man habe nicht das Vertrauen, daß die Regierung ihre Freiheit im Sinne des Reichsrats benutzen werde.

Mit dieser interessanten Begründung — der Budgetermüdigung aus Mitleid gegen die Regierung — erklärte Graf Crailsheim, warum er nachher und den Konflikt vermeiden wollte. Sachlich waren Mehrheit und Minderheit durchaus einig. Die Minderheit aber beharrte darauf, daß in dem halben Prozent die ganze Prinzipien- und Wochfrage stehe, und daß man dieses Prinzip nicht anstoßen dürfe. Die große Auseinandersetzung der Ersten Kammer mit der liberalen vorliegenden demokratischen Stimmung sei doch unvermeidlich. Deshalb sei es besser, schon jetzt Farbe zu bekennen.

Es ist nicht notwendig zu betonen, daß der dänische Finanzminister nicht wie Lloyd George redete, sondern wie ein um gut Wetter bittender deutscher Bauerntanz. Die Sonne der hohen Gnade schien ihm denn auch. Man ließ sein Wort passieren, nachdem man die Person geträpelt!

**Fortschrittliche Kandidaturen.** Eine Vertrauensmännerversammlung der fortschrittlichen Volkspartei im Reichstagswahlkreis Siegen-Wittgenstein-Viedenskopf stellte für die kommende Reichstagswahl den Kandidatur-Kandidat aus Kassel als Kandidaten auf. Auch im Wahlkreis Hagen-Soest beabsichtigt die fortschrittliche Volkspartei, bei den nächsten Reichstagswahlen einen selbständigen Kandidaten aufzustellen.

**Wassermann's Zustand.** Wie die Neue Badische Landeszeitung von durchaus zuverlässiger Seite erfährt, wird Abgeordneter Wassermann bei den nächsten Reichstagswahlen im 12. badischen Wahlkreis (Selbberg-Gebirgs-Eberbach-Mosbach) kandidieren. Der Wahlkreis, der gegenwärtig von dem nationalliberalen Abgeordneten v. d. Bercken wird, ist seit 1873 mit Ausnahme der Jahre von 1884 bis 1893 in nationalliberaler Hand. Von 1884 bis 1893 war er konservativ vertreten. Von dem hier es schon längere Zeit, daß er bei den nächsten Wahlen nicht mehr kandidieren werde. Die Kandidatur Wassermann's in Selbberg ist die praktische Folge der kürzlich abgegebenen Erklärung der badischen nationalliberalen Parteiführer: „Die Badenser seien bereit, dem demüthigten Führer persönlich in seiner Heimat das Vertrauen bei den nächsten Wahlen zu bewahren.“

In Selbberg wurden 1907 in der Hauptwahl 11 935 nationalliberale, 8490 konservativ und 6703 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In der Stichwahl entfielen auf Vock 14 685, auf den Konservativen 9287 Stimmen.

**Das Phantasma der Phantasia.** In einer Betrachtung zu dem Wahlergebnis in Cannstatt-Ludwigsburg schreibt die Zeitschrift Germania: Die Nationalliberalen haben gegen die Finanzreform gestimmt und ihre Zustände bekommen dazu benutzt, um in der blindesten Weise dagegen und gegen den nun in ihrer Phantasia existierenden „Schwarzblauen Haß“ zu regen.

Es ist wohl der Gipfel der Unverschämtheit, den Schnapsbrot als Phantasma zu bezeichnen.

**Geistliche Kriegspfeiler.** Während die Kaiser von der Nordlandreise zurückkehrt, macht er in Spinnmühle Station und dann werden in seiner Gegenwart von den rüstbarsten Scharfschützen abgehalten. Auch diesmal ist das Gesehen, und der Kaiser hat seine Zufriedenheit mit diesen Übungen dadurch zu erkennen gegeben, daß er einige Duzend Orden an die beteiligten Militärs verliehen hat. Nicht so viel Vergnügen wird das reisende Publikum an dieser Scharfschützen haben; denn als Montag vormittag der von Sonntag kommende stark besetzte Dampfer Hertha Heringsdorf passierte, schlug eine aus der Batterie der Zwinenmünder Hafenbefestigung kommende Granate knapp 200 Meter vor dem Bug des Dampfers ein und klappte im Wasser, so daß eine mächtige Wasserfalle aufstieg. Dem Dampfer war die Erlaubnis zum Einlaufen während des Schießens erteilt worden. Das Schießen wurde aber trotz fernstehender des großen Dampfers nicht eingestellt. Der Passagiere demüthigte sich die größte Aufregung. Es soll eine Untersuchung der Angelegenheit eingeleitet werden sein. Bei der Stellung, die der Militärismus bei uns einnimmt, dürfte aber nicht allzuviel dabei herauskommen.

# Rusland.

## England.

London, 2. August. Auf eine Anfrage Lord Lansdownes im Oberhaus erklärte Colonialsekretär Earl of Cromer, die indische Regierung halte es angeht, der unruhigen Lage in Tibet für notwendig, genaue Streikkräfte an der Grenze aufzustellen, um nötigenfalls die englischen Handelsagenturen zu sichern. Diese Streikkräfte, deren Zusammenfügung Cromer angab sollten die tibetanische Grenze nur überschreiten, wenn es zum Schutz der englischen Beamten erforderlich werden sollte, und wolle, sobald es die Lage gestatten würde, wieder zurückgezogen werden. Reinesfalls sollten sich aber die

Truppen in die chinesisch-tibetanischen Streitigkeiten einmischen. Im weiteren Verlaufe nahm das Oberhaus in dritter Lesung den Gesetzentwurf an, der die Erklärung bei der Thronbesteigung betrifft.

## Spanien.

### Klerikale Wahlmachung.

Madrid, 2. August. Die Bildauer Klerikalen machen eine lebhafteste Propaganda für die für kommenden Sonntag geplante Manifestation gegen die antiklerikale Politik der Regierung in San Sebastian. Sie treten telegraphisch sämtliche Leiter der reaktionären Zeitungen Spaniens ein, an der Manifestation teilzunehmen, und verteilen an die Katholiken des Baskenlandes und der Provinz Navarra ein Flugblatt, das sich wie eine Aufforderung zum Bürgerkrieg liest. An den Palast der Sommerresidenz richteten sie ein Telegramm, in dem sie ihn ersuchen, dem König von der beabsichtigten Manifestation Kenntnis zu geben und ihn zu versichern, daß sie bereit seien, zur Verteidigung der Rechte der Kirche Gut und Blut hinzugeben. Die Klerikalen planen weiter eine Rundgebung in Alfoja an dem Tage, an dem der päpstliche Nuntius nach der Abreise von Madrid dort durchfährt.

### Streikende in Bilbao.

Barcelona, 2. August. Der Ausstand der Bergarbeiter in Bilbao ist nunmehr beendet worden. Am Samstag gelangte man zu einer Einigung. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden.

## Belgien.

### Die Antwort der Reaktionen.

Leheran, 2. August. Auf der Hauptstraße von Leheran wurden zwei nationalistische Mubjedbin, von denen der eine Alim Schamir Khan, mit dem radikalen Deputierten Taghiyach verbandt war, von drei Mubjedbin erschossen. Die Mörder sind entkommen. Sie gaben sichtlich Schritte auf ihre Verfolger zu und betrauten dadurch einen Polizisten und einen Tabakhändler. Die Tat ist als eine Vergeltung für die Ermordung Seid Abdulhaji zu betrachten. Die Polizei befürchtet den Ausbruch von Unruhen.

## Amerika.

### Ein Triumph der amerikanischen Gewerkschaften.

tr. Newyork, 24. Juli. Nach vierjährigem Ringen hat der dramatische Boykottkrieg gegen die Wads Stove and Range Company, der von der organisierten Arbeiterklasse gegen das organisierte Unternehmertum des ganzen Landes geführt wurde und durch die Verurteilung der obersten amerikanischen Gewerkschaftsleiter seine schärfste Zustimmung erhielt, einen für die Arbeiterklasse siegreichen Ausgang genommen. Alle in den amerikanischen Gerichten erlängten Siege haben der boykottierten Ofenbau-Gesellschaft nicht geholfen, und nachdem im Mai ihr Direktor van Cleave an seiner eigenen Scharfmacherei gestorben ist, die er bis in seine letzten Tage fortsetzte, hat die Firma sich nun den Gewerkschaften unterworfen, um sich nicht bankrott zu „siegen“. Die Unterwerfung wurde vollzogen in einer Konferenz von Vertretern der Company mit solchen der am nächsten beteiligten Gewerkschaften, unter Teilnahme des Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Samuel Gompers. Die Friedenspräliminarien in diesem historischen Kampfe besagen:

Innerhalb dreißig Tagen sollen die Vertreter der hien benannten Organisationen mit dem Leiter der Wads Stove and Range Company zur Festlegung der Löhne, Arbeitsstunden und sonstigen Arbeitsbedingungen zusammentreten. Das zu treffende Übereinkommen soll nach 90 Tagen in Kraft treten und auf die Löhne und Arbeitsbedingungen gegründet sein, wie sie in den Fabriken der Konkurrenz in St. Louis existieren, soweit diese im Betriebe unter Gewerkschaftsbedingungen steht.

Dies der Wortlaut des Übereinkommens, soweit es sich auf den wirtschaftlichen Kernpunkt des Streits bezieht. Der Streik selber begann am 26. August 1906, als die Metallpolierer der Firma, die um jene Zeit zehn Stunden den Tag arbeiten mußten, die Wiederherstellung des ihnen 18 Monate zuvor bewilligten, dann wieder entzogenen Ruhestundentages verlangten. Die Wagneregelung einiger „Kabelsträger“, die ihre Kameraden zu bewegen verstanden hatten, sich den Ruhestunden ganz einfach zu nehmen, hatte dann einen Streik der Metallpolierer zur Folge. Der Versuch aber, den Ausstand auf die gesamte Arbeiterklasse der Fabrik auszudehnen, scheiterte an der Mangelhaftigkeit der Organisation, und an Stelle des allgemeinen Streiks wurde nun der Boykott gesetzt. Der Boykott wurde sogleich von vier direkt interessierten Gewerkschaften energisch aufgenommen und auch von dem Gewerkschaftsverband in St. Louis sowie von der American Federation of Labor sanktioniert, in deren Monatsorgan die Wads Stove and Range Comp., auch kurzweg Ofentrust genannt, seitdem als „unfair“ aufgeführt wurde. Die Sache der boykottierten Firma wurde von dem örtlichen Unternehmerverband in St. Louis und auch von dem nationalen Fabrikantenbund geführt, dessen Präsident eben der nun verstorbene Direktor der Ofenfabrik war, der seinen Bund dazu brachte, einen Erziehungsfonds von 11, Millionen Dollar zur Finanzierung des Kampfes gegen die Gewerkschaften zusammenzufassen. Außerdem beteiligte sich die „Anti-Boykott-Association“ an dem Nichtigkeitsverfahren gegen die Arbeiterbewegung, indem sie ein Rubel kapitalistischer Advokaten auf die Arbeiterverführer losließ. Richter Gould von Washington verbot denn auch den Arbeiterorganisationen Ende 1907, die Ofenfabrik in der Boykottliste aufzuführen, und dieser provisorische Einlassbefehl wurde bald darauf permanent gemacht, ohne daß der American Federationist sich aber anfänglich daran lehnte. Die Firma blieb als „unfair“ an den Pfahl genagelt, und das Blatt schrieb: „Die Leser sollten stets bedenken, daß es kein Gesetz und auch keine Gerichtsentscheidung gibt, die organisierte Arbeiter oder ihre Freunde zwingen kann, einen von der Wads-Compagnie hergestellten Ofen oder Heizofen zu kaufen.“ Es folgte dann im Dezember 1908 die Verurteilung der Gompers, Mitchell und Morrison zu einem Jahr, bzw. 9 und 6 Monaten Gefängnis. Das Urteil schwebt gegenwärtig noch vor dem Oberbundesgericht in Washington als letzter Instanz. Der Prozeß ummüht auch nach der jetzigen Kapitulation der Ofenfabrik seinen Fortgang, da die Sache von dem Fabrikantenbund geführt wird und die Anti-Boykott-Association die Kosten trägt, in dessen hat sich die Firma verpflichtet, ihre Anwälte zurückzuziehen und keinerlei aus der vergangenen Kontroverse sich etwa noch ergebende Streitfrage vor die Gerichte zu bringen. Die Anti-Boykott-Association dagegen kündigt bereits unter Protest gegen den Friedensschluß an, daß sie „selbstverständlich alle Verurteilungen entgegennehmen werde.“ Und es ist den Scharfmachern nachzuführen, daß sie den Prozeß nun gerade mit noch größerem Eifer betreiben wollen, nachdem dieser Ausgang der Auseinandersetzung zwischen den Rächtebeteiligten ihnen die große Macht des Boykotts so schmerzlich demonstriert hat. Der Scharfmacherverband ist jetzt natürlich müttender als je darauf aus, den Arbeitern eine so wirksame Waffe zu entwinden, es spricht auch alles dafür.

daß das Mut- kapitalisten- schuß des Fric- tigkeit der- Morrison auf- zu müssen.

## Zum

Die Wort- huf gefehl. 9- nicht möglich- organisierten- Ende Juni 190- Es haben- 100 bis 200, 22- bis 600, 12 600- 1000, 27 1000- 3000 bis 4000- 2 7000 bis 8000- 11 000, 3 11 000- 1 19 000 bis 3- 24 000 bis 25 0- Das übergeh- gefühlte Strei-

Einw.	1907	1908	1909
585	585	585	585
898	898	898	898
378	378	378	378

## Einmal

In das G- togtreihen, to- Jahres erklär-

In deut- mit 48 Abges- nuntentwegen- hat die Verte- Vortel hat in- getrieben 47- berstalt.

Zur Ver- unterteilt die- Gehalt seiner 2- (Hohen Oegan- und somit auf- Frauen, die- hunderttausend- schiedlichen Dri- in den einzeln- zusammengeleg- Winderkämpfer-

Bis zum- letzten. Ein- Das neue Bild- graphen stellt- die politischen- sichten Verlan- zentralen Jug- Jugabereine- Vortel un- als vorher be- dals ber sich- Die Ge- rengeisse ein- Wäntkrger v-

Zur un- arbeitende Qu- Zerstören des- schäften und d- In 300- treiben der Vo- priefe sind. Di- des Beschäftig- tromm der Jus- des Reiches in- Tängeln selb- Das v- Arbeiter-Jug- nachkern. Die- Die Prolet- schäften gemei- Wast bezaug-

Seit ber- die Geld ber- in 16. Patria- Einzahlmonat- 83 750 auf 1- Das wichtig- im 28. Jahrg- über wiffelst- manale Quazi- zialismus in- den Abgeordn- der Gesetze- zur Ver- den Reichs- treid möglich- in der Brau- ländischen G- Wagnereisen- im 15- röhrt, das- schlichte Ge- atigeblich-

das das strafrechtliche Oberbundesgericht in Washington den Kapitalisten zu Willen sein wird, wenn der moralische Einfluß des Friedensschlusses in St. Louis und — die politische Lage der herrschenden Klasse die Genuß, Wohlstand und Wohlstand auch davor schützen mögen, das Gefängnis bezogen zu müssen.

## Zum Internationalen Kongreß in Kopenhagen.

(Fortsetzung.)

Die Parteioffiziale in fast allen Reichstagswahlkreisen sind geflohen. Nur in 20 rein agrarischen Wahlkreisen war das noch möglich. Ein Bild von der Stärke der einzelnen Wahlkreisorganisationen gibt folgende Aufstellung über den Mitgliederstand Ende Juni 1908:

Es haben Mitglieder: 77 Reichstagswahlkreise unter 100, 42 bis 200, 22 bis 300, 29 bis 400, 14 bis 500, 13 bis 600, 12 bis 700, 12 bis 800, 16 bis 900, 8 bis 1000, 22 bis 1500, 25 bis 2000, 23 bis 3000, 22 bis 4000, 6 bis 5000, 9 bis 6000, 3 bis 7000, 2 bis 8000, 2 bis 9000, 2 bis 10000, 2 bis 11000, 3 bis 12000, 1 bis 14000 bis 15000, 1 bis 16000 bis 17000, 1 bis 18000 bis 19000, 1 bis 20000 bis 21000, 1 bis 22000 bis 23000, 1 bis 24000 bis 25000, 1 bis 26000 bis 27000.

Die großen Wahlkreisorganisationen mußten mehr und mehr übergeben, zur Erleichterung ihrer umfangreichen Verwaltungstätigkeit Sekretäre anstellen. Jetzt haben 62 Wahlkreise Sekretäre.

### Entwicklung und Stärke der Parteioffiziale.

Wahlkreisjahr	Jahrl. Mittl. Zahl der Parteioffiziale	Jahrl. Mittl. Zahl der Parteioffiziale mit Parteioffizialen	Mitgliederzahl der Parteioffiziale		Verhältnis der Parteioffiziale zu den Mitgliedern in Prozent
			Insgesamt	weibl.	
1907	525	2704	530 406	519 528	10 943
1908	598	3120	587 386	557 878	22 458
1909	578	3281	633 309	571 050	22 259

### Einnahmen und Ausgaben der Parteioffiziale.

Geschäftsjahr	Einnahmen	Ausgaben
1907	1 191 818,42	1 858 122,50
1908	852 976,10	793 908,13
1909	1 105 240,77	621 202,45

In dem Geschäftsjahr 1907 fielen die letzten allgemeinen Reichstagswahlen, woraus sich die hohen Einnahmen und Ausgaben dieses Jahres erklären.

### 4. Parlamentarische Vertretung der Partei.

In den Reichstagen, die 297 Mitglieder zählt, ist die Partei in 49 Mandaten vertreten. In den Parlamenten der deutschen Bundesstaaten hat die Partei 185 Vertreter. In sechs Einzelstaaten hat die Partei noch keine Vertretung in den Parlamenten. — Die Partei hat in 300 Stabskommandos 1308 und in 1779 Landgemeinden 4789 Vertreter. Außerdem haben wir in 38 Städten 115 und in 63 Landgemeinden 159 Vertreter im Magistrat und Gemeinderat.

### 5. Frauenbewegung.

Zur Vertretung der Agitation unter den proletarischen Frauen unterhält die Partei ein „sozialdemokratisches Frauenbureau“. Der Erfolg seiner Tätigkeit war, daß im Jahre 1908 die Zahl der den politischen Organisationen angehörenden Frauen sich um 32 801 vermehrte und somit auf 62 250 stieg. Das Organ der sozialistischen Frauen, „Die Gleichheit“, hatte 1908 77 000 Abonnenten. Besonders bemerkenswert ist die Gründung von Arbeitervereinen, die in den einzelnen Orten aus Frauen und Männern der Arbeiterklasse zusammengesetzt sind und die Durchführung der bestehenden gesetzlichen Arbeiterbestimmungen zu überwachen haben.

### 6. Jugendbewegung.

Bis zum Jahre 1908 bestanden zwei zentrale Jugendorganisationen. Eine für Norddeutschland und eine für Süddeutschland. Das neue Reichsverfassungsgesetz mit seinem reaktionären Jugendparagrafen hat in beiden die Mitgliederzahl unter 15 Jahren der politischen Vereine und deren Teilnahme an öffentlichen politischen Versammlungen unter Strafe. Infolge dessen haben sich die zentralen Jugendorganisationen aufgelöst. Unpolitische örtliche Jugendvereine bestehen jedoch in vielen Orten.

Die Partei und Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren mehr als vorher der Jugendbewegung angenommen. Auf ihren Kongressen haben sie sich eingehend mit der Frage beschäftigt.

Die Gewerkschaften haben auf ihrem in Hamburg tagenden Kongress einen Beschluß gefaßt, der sich sinngemäß mit dem des Reichstagsparteitags deckt.

Zur Ausführung der Beschlüsse ist die Zentralkommission für die zentrale Jugendbewegung eingesetzt worden, die aus je vier Vertretern der Partei, der Gewerkschaften, der Generalkommission der Gewerkschaften und der Jugendlichen besteht.

In 330 Orten bestehen Jugendauschüsse, die ebenfalls aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und der Jugendlichen zusammengesetzt sind. Die Tätigkeit der Jugendauschüsse bewegt sich im Rahmen des Reichstagsparteitags. Kürzlich tagte eine Konferenz der Jugendauschüsse, an der 129 Vertreter aus allen Gauen des Reiches teilnahmen. Die Konferenz hat Richtlinien für die fernere Tätigkeit festgelegt.

Das von der Zentralkommission herausgegebene Jugendorgan, die „Arbeiterjugend“, erscheint aller 14 Tage. Seine Leserzahl steigt fortwährend. Jetzt hat es bereits mehr als 40 000 Abonnenten.

Die Kosten der Jugendbewegung werden von Partei und Gewerkschaften gemeinsam getragen. Bisher hat die Zentralkommission etwa 20 000 Mark verausgabt.

### Presse und Literatur.

Erst dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongreß fiel die Idee der sozialdemokratischen Tageszeitungen in 65 auf 74, die sozialdemokratischen Blätter hergestellt werden. Die Abonnentenzahl der 65 Blätter auf 1 041 486 (ohne die Monatsblätter und die „Neue Zeit“). Im 20. Jahrgang (Ausgabe: 8500). Die „Neue Zeit“, erscheint jetzt unter dem Namen „Die Gleichheit“ (Ausgabe: 77 000). Um die sozialistischen Gemeindevorteiler für soziale Zwecke als Rundschau für Kommunalpolitik und Gemeindevorteiler herauszugeben (Ausgabe: 2700). Die Redaktionen der Partei, die sozialdemokratischen Parteikorrespondenz“ gegründet.

Zur Vertretung der Agitation werden vom Parteivorstand, von den Parteioffizieren und Parteimitgliedern alljährlich zahlreich die Herausgabe von Pamphleten, die gratis verteilt und von den Parteimitgliedern das Jahr über aufbewahrt werden, ein beliebtes Agitationsmittel.

Am 15. Juli 1908 wurde das „sozialdemokratische Pressebureau“ gegründet, das die Aufgabe hat, der Parteipresse politische und gewerkschaftliche Nachrichten zu übermitteln und Auszüge aus aktuellen sozialdemokratischen Vorlesungen zu liefern. Die Einrichtung eines aus-

ländischen Nachrichtenbüros konnte bisher wegen der zu erwartenden hohen Kosten noch nicht in Angriff genommen werden.

### 8. Parteischule.

Eine Parteischule hat die sozialdemokratische Partei seit dem Herbst 1906 in Berlin eingerichtet.

An den ersten vier Kurfen, die sich auf je sechs Monate erstrecken, nahmen jährlich 26 bis 31 Schüler teil. An den letzten Kurfen nahmen auch einige von den Zentralverbänden der Gewerkschaften dorthin geschickte Genossen teil auf Grund eines Uebereinkommens zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Parteischule hat für die vier ersten Kurse der Parteischule insgesamt 203 900 M. ausgegeben.

(Fortsetzung folgt.)

## Volkswirtschaft.

Auf dem Wege zum Elektrizitätsmonopol.

Fusion A. E. G. — Lahmeyer.

k. Der Plan der Errichtung eines Elektrizitätskonzerns, den der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Rathenau nie zu betreiben aufgehört hat, ist seinem Ziel erheblich nahe gerückt. Dem Riesenkonzern der A. E. G. wird nun die Elektrizitäts-Gesellschaft vorm. Lahmeyer in Frankfurt a. M. angegliedert. Dadurch gelangen auch die Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke unter die Herrschaft der A. E. G. Von den Verwaltungen beider Gesellschaften wird die Vereinigung bereits offiziell mitgeteilt; an der zum definitiven Abschluß notwendigen Zustimmung der Aktionär-Versammlungen ist selbstverständlich nicht zu zweifeln. Bei dieser Vereinigung handelt es sich um eine reine Formalität.

Der Vereinigung wird die Fusion, indem die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich den Aktionären der Lahmeyer-Gesellschaft für je vier Aktien 1000 M. je drei Aktien 1000 Frank der Bank für elektrische Unternehmungen im Umlauf gebracht wird. Die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich ist eines der Finanzierungs-Institute der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, die einen großen Teil der Aktien der Bank, deren Grundkapital 40 Millionen Frank beträgt, besitzt. Auch die Elektrizitäts-Gesellschaft vorm. Lahmeyer ist ein Finanzierungs-Institut, nachdem sie im Jahre 1904/05 ihre Fabrikations-Gesellschaften abgetrennt hat. Sie wurden mit der Gesellschaft Felten-Guilleaume zu der Elektrizitäts-Gesellschaft Felten-Guilleaume-Lahmeyer vereinigt. Von dem Kapital der Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke, das 55 Millionen Mark beträgt, besitzt die Lahmeyer-Gesellschaft 18 Millionen. Durch weiteren Besitz der A. E. G. Konzerns an den Aktien dieser Werke, wird mit Hilfe der Banken jederzeit eine sichere Aktienmajorität geschaffen werden können, falls sich gegen die Oberhoheit der A. E. G. unter den Aktionären der Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke irgend welche Opposition geltend machen sollte.

Dem bekannten Elektroartell gehörten mit der A. E. G. und Siemens-Halske-Schuckert, auch die Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke an, aber ungewissheit hatte sich die Kartellfreundschaft stark gelockert, was sich u. a. auch daraus ergab, daß die A. E. G. mit Siemens u. Halske gemeinsam eine Elektrobank gründete, während die Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke isoliert blieben und dann selbst zu einer solchen Gründung schritten. Einem Ansturm der A. E. G. wägen die Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke nicht gewachsen gewesen. Sie sahen einen solchen Kampf nahe; er entwickelte sich seit langem bereits auf verschiedenen Gebieten. Zum Teil ist der Rückgang der finanziellen Erträge bei den Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werken auf die verstärkte Konkurrenz zurückzuführen. Dazu kam allerdings, daß die Gesellschaft unter erheblichen Organisationsmängeln litt, die durch die Fusion von Felten-Guilleaume mit Lahmeyer entstanden und bisher nicht ausgeglichen waren.

Zur Begründung der Fusion wird von den Verwaltungen der Gesellschaften erklärt, daß die Städte und Gemeinden in Deutschland eine weitgehende Neigung besitzen, die elektrischen Betriebe in eigene Verwaltung zu übernehmen; neue Konzeptionen für Zentralen und Bahnen in größeren Städten wären nicht mehr zu erhalten; die bestehenden Konzeptionen gingen im Laufe der beiden nächsten Jahrzehnten gänzlich ihrem Ablauf entgegen. Dadurch sei das zukünftige Arbeitsgebiet der großen Elektrizitäts-Gesellschaften verkleinert. In Zukunft wird ihre Haupttätigkeit in der Errichtung und in dem Betrieb von Wasserfallanlagen, Ueberlandzentralen und ausländischen Unternehmungen bestehen. Wasserfallzentralen und Ueberlandzentralen bedürfen aber ungewöhnlich langer Bau- und Anlaufperioden, die dadurch bedingt sind, daß solche Anlagen nur bei großem Umlauf der Produktion und Verteilung ökonomisch wirken, während die Elektrizität großer Landestteile nur langsam vordringt. Erfolgreich könnten die Gesellschaften an diese größten der gegenwärtigen Aufgaben herantraten, wenn sie in der Lage sind, mehrere Jahre lang auf Rentabilität der Anlagen zu verzichten. Auch für Erlangung ausländischer Unternehmungen wird die Zweckmäßigkeit der Zusammenschlusses hervorgehoben. Schließlich weisen die Verwaltungen darauf hin, daß in absehbarer Zeit die Fragen des elektrischen Fernverkehrs greifbare Gestalt annehmen dürften, wofür in Deutschland und in der Schweiz manche Anzeichen sprechen, und daß gerade die Finanzkraft dieses neuen Gebietes der Technik nur von starken Kapitalvereinigungen bedient werden können. Zunächst bleiben die Felten-Guilleaume-Lahmeyer-Werke nach außen hin selbständige Unternehmungen. Je mehr die Vertrauensgumini, um so erwünschter wird den Kapitalgebern die Aufrechterhaltung des Scheins eines Wettbewerbes zwischen den in Wirklichkeit einer Leitung unterstellten Gesellschaften. Mit dem Konzern Siemens-Halske-Schuckert hat der Konzern der A. E. G. auf verschiedenen Gebieten Interessengemeinschaften abgeschlossen, die weit über die Vereinbarungen des Elektroartells hinausgehen.

Von den außerhalb dieses Ringes stehenden Elektrizitäts-Gesellschaften wird die Fusion von Lahmeyer mit der A. E. G. als Signal eines verstärkten Angriffes der verbündeten Riesenkonzerne angesehen werden müssen. Brown, Boveri u. Komp., Aktien-Gesellschaft, hat mit ihrem Dividendenrückgang für das Jahr 1908/10 bereits die Folgen eines solchen Kampfes angezeigt. Weiter wird die Elektrizitäts-Gesellschaft Bergmann den Angriffen ausgesetzt sein; denn dieses Unternehmen hat seine Selbständigkeit bis jetzt zu behaupten vermocht, und mit außerordentlicher Schnelligkeit die verkehrsreichsten Gebiete der Elektrizitäts-Industrie in Angriff genommen. Zuletzt mochte es sich auf das Gebiet der Gründung von Ueberlandzentralen und will sich auch an der Elektrifizierung von Fernbahnen beteiligen. Mit einem Unterliegen der Bergmann-Werke in der Schachung seiner Unabhängigkeit würde der Generalgewaltige Rathenau von der A. E. G. sein Programm in Deutschland verwirklicht haben.

## Literarisches.

„März“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Preis 1,20 M., im Abonnement: das Quartale (6 Hefte) 6 M. Verlag von Albert Langen in München. Das Heft 15 vom 2. August der Halbmonatsschrift „März“ enthält die Aufsätze: „Wassermann“ von Dr. Heinrich Dauter (eine Betrachtung über die gegenwärtige Krise in der national-liberalen Partei), „Der neolamische Kongreß“ von Joseph Herold, „Ausgangs- und Fürsorgestellen für Jungen und Mädchen“ von Dr. E. Rauber, „Aus ein Industriejubiläum“ von Franz Wendi, „Der Proporz“ (Schluß) von Camille Wetzlar, „Sozialismus und Christentum“ von August Paul, „Wie der liebe Gott in Amerika Beschäftigt“ von H. Kämer Wilmers, „In Hochalpen“ von Dr. Albrecht Birth. Ferner bringt das Heft den ersten Teil einer Novelle von Hermann Fesse, „Ein Wandertag“ und die Fortsetzung des Romans „Der rote Gott“ von Jakob Schaffner. Sehr reichhaltig ist auch der Buchhandel und Wollenteil des Heftes.

## Neues aus aller Welt.

**Bern, 2. August.** Am Stralbach bei Dabos wurde der Bergkletterer Joseph Wettler von Rahmetes vom Unwetter überfallen. Er stürzte in die Schlucht eines Wildbaches und wurde als Leiche aufgefunden.

**Kom, 2. August.** Bei Teerbio stürzte ein Automobil mit drei Insassen von der Landstraße einen Abhang hinunter. Eine ältere Dame wurde erschmettert.

**Budapest, 2. August.** Die Ortschaft Mezopotim wurde von einem beherzenden Brande heimgesucht. 63 Wohnhäuser samt den dazu gehörigen Wirtschaftsgebäuden wurden ein Raub der Flammen.

**Wetterbericht von der Wetterkammer an der Augustusbrücke**  
vom 3. August, mittags 12 Uhr.

Barometer 750. Barometerhöhe.  
Thermometer + 23° R.  
Thermometergraph. Min. + 18, Max. + 28.  
Hygrometer 74%.  
Wasserstand — 95. Wassertemperatur + 18°.

**Wetterprognose des k. k. Meteorologischen Instituts zu Dresden**  
für den 4. August 1910.

Südöstliche Winde, vorwiegend heiter, warm, meist trocken  
Neigung zu plötzlichen Störungen.

### Treßner Polizeibericht vom 3. August.

Am Dienstag, nachts gegen 2 Uhr, der Kapitän Dünnebier des Dampfers Halle, mit diesem von Alesia kommend, hier an der Landungsstelle hinter Entel Loms Hüfte im Großen Ostra-Gehege eintraf, wurde er von seiner, von Postwitz mit einem 2½-jährigen Mädchen hier angekommenen Ehefrau erwartet. Er nahm diese das Kind und einen mit frischer Wäsche gefüllten Korb ab und ging mit ihr über mehrere Stadien hinweg. Am Dampfer angekommen, setzte Dünnebier das Kind und den Korb beiseite, um seiner Ehefrau beim Befestigen des etwas höheren Vordecks des Dampfers behilflich zu sein. In demselben Augenblick fiel diese laut schreiend ins Wasser und verschwand in den Fluten. Ihr Ehemann sprang ihr zwar sofort nach, vermochte sie aber nicht mehr zu retten. Bei dem Rettungsversuche wurde er von der Strömung an den Radkästen ge-  
trieben und konnte sich schließlich nur unter Ausnutzung aller seiner Kräfte selbst in Sicherheit bringen. Während sich dies alles in rascher Folge abspielte, war auch das kleine Mädchen ins Wasser gefallen. Es konnte jedoch von einem Bootsmann mit einem Hafen vom Dampfer aus wieder heraufgezogen und geborgen werden. Die von dem Ehemann mit dem gesamten Schiffspersonal weiterhin angestellten Versuche zur Auffindung der Ertrunkenen blieben erfolglos. (Diese amtliche Darstellung weicht wesentlich von der in der Stadtschreiberei abgegebenen ab, dürfte aber wohl die richtigere sein.)

Auf der Jordanstraße lief gestern nachmittags ein zweijähriges Mädchen ihrem auf die Bahnhofsgeleise gelaufenen Vater nach, geriet dabei hinter die Räder eines langsam fahrenden Postwagenes und wurde überfahren. Das Kind, dem das eine Rad über den Kopf hinweggegangen war und den Schädel zermaulmt hatte, war sofort tot. Nach den Aussagen von Zeugen trifft den Geschäftsführer keine Schuld.

Auf der Tharandter Straße stürzte am Sonntag ein Tiefbauarbeiter durch eigenes Verschulden von seinem Zweirade und zog sich außer Hautabrischungen im Gesicht eine Gehirnerschütterung zu. Man brachte ihn im Unfallwagen nach dem Friedrichshäuser Krankenhaus.

Auf dem Abstellbahnhof an der Rosener Brücke verunglückte am Montag ein Wagenruder beim Rangieren dadurch tödlich, daß er von dem Lenker, auf dessen Trittbrett er stand, beim Vorüberfahren an einem Kohlenkippen gegen dieselbe gedrückt wurde.

## Letzte Telegramme.

### Der Kulturkampf in Spanien.

**Madrid, 3. August.** Der Minister des Innern erklärte, daß er die Abhaltung der von den Bilbaer Klerikalen organisierten Manifestation in San Sebastian formell untersagt habe. Die Verfolgung der Erlaubnis erfolgte hauptsächlich wegen eines Protestes der Kaufmannschaft des Nordbades San Sebastian, die durch die Bewegung schweren Schaden erleidet, da zahlreiche Familien ihre gewohnte Sommerreise nach San Sebastian aufgeben. Auch würden im Falle der Genehmigung der Kundgebungen blutige Zusammenstöße zwischen Radikalen und Klerikalen nicht zu vermeiden sein. Sollten die reaktionären Elemente, wie es den Anschein hat, trotz des Verbotes manifestieren, so sind die Konsequenzen unabsehbar.

### Die Lage in Persien.

**Teheran, 3. August.** Im Stadtpalast fand eine Konferenz aller persischen Minister über die Vorgänge der letzten Zeit statt. Das Parlament beschloß über Teheran den Belagerungszustand auf drei Monate zu verhängen. Teheran ist zurzeit ruhig. Der Polizeipräsident Jephrem hat umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Auf den öffentlichen Plätzen sind Wachposten stationiert. Die Mudjaheddin sollen entwaffnet werden. Der Schah hat zum erstenmal an den Mandaren der persischen Kasaken teilgenommen. Die Kasaken sind jetzt noch in weit höherem Maße wie früher eine russische Truppe und stehen fast ganz außerhalb des persischen Herrs.

### Religionenkämpfe.

**Konstantinopel, 3. August.** Die Drusen haben in Hauran zwei Christenbiser zerstört und ein Blutbad unter den Bewohnern angerichtet. Die Regierung hat 28 Bataillone und acht Bataillone nach Hauran entsandt.

### Beendeter Eisenbahnerstreik.

**Ottawa, 3. August.** Der Ausstand auf der Grand Trunk Railway ist nach den Vermittlungsvorschlägen der Regierung durch ein Kompromiß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beigelegt worden.

**Christiania, 2. August.** Von einem heftigen Unwetter mit wolkenbruchartigen Regengüssen wurden in der vergangenen Nacht der südliche Teil Rottwegens und besonders die Gegend am Randsfjord heimgesucht. Auf der Kröder Eisenbahn drachen heute früh die Schienen, die vollkommen unterspült waren, unter einem aus Vitefund kommenden Störzewege. Der Zug stürzte um und fiel die fünf Meter hohe Böschung hinab. Zwei Bahnbeamte wurden getötet, der Lokomotivführer und der Heizer erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Auf mehreren anderen Eisenbahnlinien mußte der Verkehr ganz eingestellt werden, auf anderen ist er fast behindert. Auf der Bergbahn ist der Lokomotivführer so stark beschädigt, daß der direkte Verkehr Christiania-Bergen eingestellt werden mußte.

**Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.**

# 4. Kreis, Bez. Loschwitz.

Sonnabend den 6. August 1910, abends Punkt 9 Uhr  
im Restaurant Pietsch

## Mitglieder-Versammlung

für die Orte  
Loschwitz, Niederpöritz, Kötzersdorf und Umgegend.  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
Das Erscheinen aller Mitglieder besagter Orte ist unbedingt  
notwendig, ganz besonders der von Loschwitz.  
Der Bezirksleiter.



**W. Hagenbeck's**  
Grösste Raubtier-Dressur-  
Schau der Erde.

Baireuther Straße, 5 Min. vom Hauptbahnhof

Heute Mittwoch den 3. August

## Zwei grosse Vorstellungen.

Nachmittags 4 Uhr, abends 8 1/2 Uhr.

Nur in der Nachmittags-Vorstellung zahlen Kinder  
auf allen Plätzen halbe Preise.

Täglich vorm. von 10-12 1/2 Uhr Besichtigung der  
Stallzelle sowie Beiwohnung der Fütterung und  
Proben gegen ein Entree von 30 Pf. für Erwachsene  
und 20 Pf. für Kinder gestattet.

Billets-Vorverkauf im Warenhaus Herzfeld (Ver-  
kehrs-Abteilung) und an der Tageskasse, Baireuther Strasse.

Max Scheinplugs Schankzelt

## Zur Wartburg

Strasse 5, Ecke Strasse 10.

Spezialität: Ein Paar Riesenwurst mit Kraut und Semmel 35 Pf.

## Lieberts Varieté Sangerheim

Vogelwiese, dieses Jahr: Konigsplatz,  
an Saates Rustschau. Kunstler ersten Ranges!

## Emil Unger, fr. Welde

Dicht an Saates S-Bahn bei Anton's  
Internationaler und Sport-Betrieb.

Fraasi Hell! Sportgenosse Herrh.

Vogelwiese 1910!

## Leich's Bratwurstzelt

Am Konigsplatz, zwischen Hippodrom u. Eis-Kristallpalast.

Vogelwiese 1910.

Strasse 1, Ecke Strasse 8, vis-a-vis von Fisch-Gotze

## Reglerheim.

Gr. Preiskegeln  
auf drei Konigsbahnen. Preise: Schinken, Wurst usw.  
Th. Schurig, Stadtlokal: Konigsplatz 8. C. Bessolbach, Reglerbruder.

Vogelwiese 1910!

## Ledererbrau-Halle

## Nurnberger Bratwurstglocklein

## Lang's

Original-Oberlander und Gesamtpersonal!

Neu! Original-Schubplattler (vom Konigsplatz) Linder-Hansl mit seinen lauchten Panzen. Preisgekront!

Strasse 2! Vogelwiese! Strasse 2!  
vis-a-vis der Arinoline

Schankzelt Freyer-Paul, Scheunert-Ossel.

## Webers Bilder-Lotto

ist nur auf Strasse 2, Karussellreihe,  
Eingang von der Focherstrasse links. Bester  
Treffpunkt im Votzozelt.

Alle Lottospieler laet freundlichst ein H. Weber.

Vogelwiese 1910!

## F. Mues Schankzelt

befindet sich Strasse 2, am Droschenplatz.  
Um zahlreichem Besuch bitten Franz Mue u. Frau.

Stadtlokal: Schmiedehertrat, Jacobshaase, Ecke Ruhrenstrasse



## Gasthof „Zur Schanze“ Hosterwitz

an der flieg. Fahre  
in nachster Nahe des Wasservortes Hosterwitz.  
Meine Gastzimmern mit grossem, schattigem Garten  
eignen sich vorzuglich zur Abhaltung von Sommer-  
festen und Gesellschaften und bitte in Vereinen um  
guhige Vergung. M. Witttrisch.  
P. S. Sonntag den 21. August: Vogelsteichen  
mit Karussellbesichtigung.

## Kaisergarten Buhlau.

Heute Mittwoch  
Groes Gardereiter-Konzert.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt mit Programm 25 Pf.

## Bilz Konzert. Luft-Bad

Heute von 8 Uhr an  
Konsum-Verein und Produktivgenossenschaft  
fur Potschappel und Umg. (E. G. m. b. H.) in Dohlen.

## Saison-Ausverkauf

Samtliche Sommerartikel, als:  
Musselins, Satins, Zephrs, Blusenstoffe u. a. m.  
Damen-Jackets, Paletois und Staubmantel  
werden, um damit zu raumen, bedeutend unter Preis verkauft.  
Fur Turner empfehlen wir:  
Turner-Hemden und -Hosen, kurz u. lang, Turner-  
Gurtel, Turner-Schuhe in Leder von 1.20 W. an,  
Turner-Stiefel, hart Segeltuch mit Chromledersohle, von  
2.30 W. an.

Frauen-Tee  
Paket 75 Pf.  
R. Freisleben  
Postplatz.

Bestimmte Kaufgegenstand  
in g. herrlich gett. wie n. neuen G.  
und T. Reibern, Schuhen, Feder-  
betten, Amberlachen, a. s. Verleihen  
10 Gr. Brudergasse 10, 2.  
Schwarze Kugel, Zylinder ver-  
leibt bill. Schuerl, Alaunstr. 21.

## Restaurant Eibfloreuz

Dresden-N., Kasernenstr. 11  
Freundliche Establisse  
Groes Veranda  
Kuche u. Keller vorzuglich.  
Max Wiederanders u. Mutter.  
Fischbaude, Vogelwiese.

Mit Erfolg wird angeboten  
bei Blasenleiden, Ausfluss u.  
Manner-Tee  
(kein Geheimnis)  
pro Paket 1 W. nur 4 Pf. zu  
haben bei  
R. Freisleben  
Postplatz.  
Diskreter Versand.

Geschaft-Verlegung.  
Mein Gold-, Silber- und Metall-Transportgeschaft  
ist von Wittenberger Strasse Nr. 34 nach gegen-  
uber Nr. 23.  
Es wird auch weiterhin mein Bestreben sein, meine werth-  
schatzige Aufsichtnahme zu bedienen.  
Hochachtungsvoll  
Reinhard Schonberg.

## Viel beneidet

werden meine Kunden um ihre  
prachtlichen und doch gar nicht brauen  
Straussfedern. Solch eine Straussfeder  
kann man am Sommerhut, am Herbst-  
hut, am Winterhut und viele Jahre  
lang immer wieder tragen. Sie bleibt  
stets schon und imponant und man  
kann sie auch selbst von einem Hut auf den anderen  
bertragen. Gerade dieser Tage habe ich wieder prach-  
tliche Federn sehr billig zu verkaufen: 40 cm lang, 10  
bis 15 cm breit nur 1 W., 45 cm lang 2 W., 50 cm  
3 u. 4 W., 18 cm breit 5 W., 20 cm breit 10 W., 22 cm breit  
15 W., 25 cm breit 25 W., 30 cm breit 35 W. Befehlen Sie  
sich, damit ich Ihnen eine recht schone Feder ausliefern kann.  
Preisliste ber Federn, Quast, Stielen, Hutblumen usw. gratis.  
Anerkannt leistungsfahigstes Haus dieser Branche.  
Hermann Hesse, Dresden, Scheffelstr. 10/12.

## KIOS

Elegant 1 Alasen 2 Korpriz 3 Pf.  
Kios No. 1 Nazos 2 Abu Sakin 3 Pf.  
Turk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Bohme, Dresden.  
Lieferant der franzosischen Tabak-Regie.

Moderne  
Trumeaus  
mit geschliff. Glas  
von 30 W. an.  
Pfeiler-Spiegel  
von 8 W. an.  
Unerreichte  
Auswahl.  
Trankners Mobelhaus  
Gortlicher Strasse 21/23.  
Gewerkschafts- und Fortbildungsschule  
Uhren  
aller Art u.  
gut u. billigst  
repariert.  
Annenstrasse 28, 2.  
Max Richter.

Brillen, Klemmer  
in Gold, Silber, Doublet, Nach-  
schliff, Brillen, Kontakt, Kontakt,  
in Gold, Silber, Nachschliff, Brillen,  
u. 1.50 W. an. Reparatur frei.  
F. E. Zimmermann  
Dittmannstr. 4, a. n. Saates-Bahnhof.

Trankners Mobelhaus  
Gortlicher Strasse 21/23.  
Gewerkschafts- und Fortbildungsschule  
Uhren  
aller Art u.  
gut u. billigst  
repariert.  
Annenstrasse 28, 2.  
Max Richter.

Ideal-Mechaniker  
perfekt, fur dauernde Stellung  
sicher gesucht. Halbarth,  
Berlin, Friedrichstrasse 78.  
Arbeiter-Gesangverein Dresden-L.  
sucht einen tatigen energiegel.  
Liedermeister  
Offerten an Gustav Lob, Ditt-  
mannstr. 1, 4. erbeten.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, da unser lieber Kollege,  
der Droschenfuhrer  
Klemens Hillig  
im Krankenhaus einem Schlaganfall erlegen ist. Wir werden  
sein Andenken in Geden halten. — Die Beerdigung findet  
Donnerstag den 4. August, nachm. 8 1/2 Uhr, auf dem Konigs-  
Friedhof statt. Es wird erwartet, da sich die Kollegen zahl-  
reich beteiligen. Die Ortsverwaltung.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag verschied nach  
langem, schwerem Leiden unsere herzensgute Tochter  
Fraulein Margareta Doherentz  
im Alter von 31 Jahren. Dieses hierdurch allen Freunden und  
Bekanntem zur trauerigen Nachricht.  
Dresden, den 2. August 1910. Familie Doherentz.  
Die Beerdigung findet Donnerstag den 4. August, nach-  
mittags 8 1/2 Uhr, auf dem Konigsberger Friedhof statt.

Zuruckgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau und Mutter  
Auguste Holtzel sagen wir allen Verwandten, Bekannten  
und Freunden unseren aufrichtigsten Dank, insbesondere meinen  
Kollegen der Firma Gebr. Warnitz und dem Personal der  
Firma Messow u. Waldschmidt. Es wird mir sehr zu  
immerung bleiben.  
Frieder. Holtzel. Der trauernde Gatte Hermann Holtzel u. Sohn.

Verantwortlich fur den redaktionellen Teil:  
Hermann Holtzel, Dresden.  
Verantwortlich fur den Inseratenteil:  
Robert Reuther, Dresden-Mitteln.  
Druck und Verlag: Kaden & Kohn, Dresden.





# Jahresbericht

des sozialdemokratischen Bezirks-Agitationskomitees für Ost-Sachsen.

vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910.

## Die Feiern

Am bekanntlich in diesem Jahre auf einen Sonntag. In Dresden wurde sie durch eine Demonstration unter freiem Himmel begangen, die sich zu einer mächtigen Kundgebung der Arbeiterschaft gestaltete. Zum ersten Male war ein städtisches Grundstück, die Wiesen an der Elbe neben der Vogelwiese, zur Verfügung gestellt worden. In reichem Besatze und bester Ordnung marschierten die Demonstranten dahin, wo vier Redner zu den Versammelten sprachen, und der Würde des Tages entsprechende Musik- und Gesangsbeiträge vom Arbeiter-Sängerbund geboten wurden. Mehrere Demonstrationen fanden im 6., 7. und 8. Kreise statt. Auch sonst wurde nach den Berichten die Feier überall würdig im Bezirk begangen. — Für nächstes Jahr kommt der Beschluß des Parteitags in Betracht, der bestimmt: Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben. Der Beschluß des Parteitags ist in weitestem Sinne durchzuführen. Es haben demnach die Parteiangestellten, die Angehörigen der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen sowie die Arbeiter und Angestellten in Privatbetrieben, die den 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, einen Tagesverdienst freiwillig abzugeben. Die nach dem Beschluß des Parteitags erlangten Gelder sollen in einem Fonds zugunsten der Lohnausfallsperrten angesammelt werden. Die Sammlung und Verwaltung des Fonds ist noch zu organisieren. Wir werden den Kreisen unseres Bezirks unter Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern rechtzeitig eine Vorlage zu diesem Zwecke unterbreiten.

## Die Presse

In den Einrichtungen der Parteipresse des Bezirks hat sich im Laufe des Jahres wenig geändert. Die Dresdner Volkszeitung hat für die Laufjahre drei Kreise, den 7. und 8. Kreis Kopfbücher mit eigenen Lokalabteilungen. Auch dem 3. Kreise steht Raum für lokale Angelegenheiten zur Verfügung; die dringend zu wünschende Reorganisation konnte jedoch noch nicht durchgeführt werden. Sie steht in engem Zusammenhang mit der Anstellung eines Lokalbeamten in Freiberg. Im 8. Kreise ist die Lokalredaktion dem Genossen Schomburg auf Gen. Eichhorn (zuletzt in Süddeutschland) übergeben. Die Stelle war ausgeschrieben worden. Schomburg ist wieder nach Jittkau übergesiedelt, um dort den Posten eines Geschäftsführers des Konsumvereins zu übernehmen. — Die Druckerei in Jittkau hat infolge eines unangenehmen Ereignisses zu bezweifeln, als die Sächsischer Volkszeitung, die bisher in Jittkau gedruckt wurde, nun in eigener Druckerei in Görlitz hergestellt wird. Die Kaufleute Genossen werden den Ausfall an Umsätzen durch Erteilung zahlreicher Druckaufträge wert zu machen versuchen müssen.

## Die Referentenbesorgung

Wird immer umfangreicher und schwieriger. Die vielen Wünsche nach „echten Kräften“ konzentrieren sich auf wenige Redner, die dem besten Willen nicht in der Lage sind, allen diesen Anforderungen zu entsprechen. Ueber die unendlichen Mühen und die Schrecken, die die Referentenbesorgung verursacht, haben wir uns früher wiederholt ausgesprochen. Wir können deshalb darauf verzichten, nochmals näher darauf einzugehen. Brauchten wir nur einfach zu dekretieren, daß ein Redner da- oder dort hin zu gehen hat, läge die Sache einfacher. — Während der Landtagswahlbewegung wurden 128 Redner durch das Komitee vermittelt, 75 schriftlich und 57 telephonisch. Die Anstrengung stellte diesmal nicht so große Ansprüche, weil sie mehr zentralisiert war, und die Abendveranstaltungen in Dresden und Umgebung fast ganz wegfielen. Immerhin wurden noch 66 Redner verlangt und beschafft. Insgesamt vermittelte die Referentenbesorgung 344 Postausgänge und etwa ebensoviel telephonische Gespräche. Ein alter Lebenslauf hat nicht behoben, wenn sich der Zustand auch etwas gebessert hat; die Redner werden häufig zu spät bestellt, obwohl man sie viel früher verlangen könnte.

## Die Parteischule

Im Herbst dieses Jahres wird wieder ein Kursus der Parteischule in Berlin abgehalten. Die Zahl der Schüler ist auf 20 verringert worden; auf Sachsen entfielen zwei. Zunächst hatte diesmal der Leipziger Bezirk Anspruch, in zweiter Linie kam der Dresdner. Die Komitees einigten sich, daß jeder der genannten Bezirke einen Schüler entsendet. Bei uns hatten sich 16 Genossen, und zwar 3 aus dem 4., 4 aus dem 5., 2 aus dem 6. und 2 aus dem 7. Kreise gemeldet. Einige Gesuche waren verspätet eingegangen, andere wieder sehr mangelhaft im Inhalt. In einer Bezirksbesprechung ist ausführlich über die Vorarbeiten des Parteivorstandes und die von uns befolgte Methode bei der Empfehlung der Bewerber verhandelt worden. Dieser ist aus dem 8., 4., 1. und 5. Kreise je ein Genosse auf dem Parteivorstande gewesen. Sämtliche Gesuche wurden auch diesem dem Parteivorstand übermittelt; wie er uns mitgeteilt

hat, wurde der Genosse Reuschel-Meißner ausgewählt. Den Parteischülern werden aus Mitteln der Zentralkasse die Kosten der Hin- und Rückfahrt 3. Klasse nach Berlin sowie während der sechs Monate ein monatlicher Betrag von 150 M. zur Bestreitung der Kosten ihres Berliner Aufenthalts gezahlt. Insofern an verheiratete Bewerber Familienunterstützung während des sechsmonatigen Kurses gezahlt werden muß, ist diese von der zuständigen Bezirks- bzw. Landesorganisation zu zahlen. Die Höhe der Familienunterstützung wird je nach der Zahl der Kinder und die Höhe der Mietpreise des einzelnen Ortes verschieden sein.

## Kinderschutzkommissionen

Bestehen unseres Wissens zurzeit zwei: in Dresden und in Weichen. Ihre allgemeine nützliche und schwierige Tätigkeit möge auch hier hervorgehoben sein. Daß diese Kommissionen sozial gut wirken, geht zur Genüge schon daraus hervor, daß sie in den Berichten der Gewerbeinspektoren Anerkennung erlangt werden. Die Dresdner Kinderschutzkommission ist folgendermaßen organisiert: Sie besteht aus einer Zentralkommission und aus Distriktskommissionen. Für die innerhalb Dresdens und der nächsten Umgebung befindlichen Bezirke der Sozialdemokratischen Vereine des 4., 5. und 6. Reichstagswahlkreises ist für jeden Kreis eine Distriktskommission eingesetzt. Jeder Bezirk hat eine Genossin und einen Genossen zur Distriktskommission zu wählen. Zur Mitarbeit sind ganz besonders die Frauen und Gewerkschaftsmitglieder aus solchen Verufen heranzuziehen, in denen viel Kinder beschäftigt werden. Die Mitglieder der Distriktskommission haben in Distriktszusammenkünften die einzelnen Fälle zu prüfen und zu versuchen, auf gutem Wege die Gesetzesübertretungen zu beseitigen. In dringenden Fällen können die einzelnen Mitglieder nach Rücksprache mit der Distriktsvertrauensperson die Hilfe der Behörden in Anspruch nehmen. In der Regel sollen die Angelegenheiten an die Behörden nur durch die Zentralkommission erfolgen. Die Mitglieder der Distriktskommission wählen aus ihrer Mitte für jeden Distrikt zwei Vertrauenspersonen. Diese haben die Tätigkeit der Kommissionsmitglieder zu überwachen. Die Distriktsvertrauenspersonen bilden die Zentralkommission. Außerdem gehören der Zentralkommission je ein Vertreter der Vorstände des Gewerkschaftsverbandes und der Sozialdemokratischen Vereine des 4., 5. und 6. Reichstagswahlkreises an. Im Behinderungsfall ist für Stellvertretung zu sorgen. Die Zentralkommission wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden. Die Beschlüsse der Zentralkommission sind für alle Mitglieder der Kinderschutzkommission maßgebend.

## Der Internationale Kongress

wird in diesem Jahre abgehalten, und zwar in Kopenhagen. Nach dem jetzt für Deutschland bestehenden Modus schicken Partei und Gewerkschaften die gleiche Anzahl Delegierter, und zwar je 150. Die Delegation soll durch die Bezirksorganisation geregelt werden; das Bezirkskomitee hat auch die Mandate auszufertigen. Die Verteilung der Mandate erfolgt auf Grund der Mitgliederzahl. Danach entfielen auf den Dresdner Bezirk fünf Delegierte, wovon sich eine Genossin befinden soll. Fünf Wahlkreise berichtigten auf ein Mandat. Wir schlagen vor, einschließlich des Frauenmandats drei Dresdner Kreise und dem 7. Kreise je einen Delegierten zuzusprechen, und das fünfte Mandat der Bezirksorganisation für die nicht vertretenen Kreise zu überlassen. Dieser Vorschlag wurde nicht akzeptiert, vielmehr beschlossen, daß die drei Dresdner Kreise vier Mandate erhielten. Bei der Wahl sollte jedoch auf die Bezirksinstanz Rücksicht genommen werden. Einen positiven Erfolg hat dieser in der Luft schwebende Beschluß jedoch nicht gehabt. — Im übrigen sind die fünf Komitees der Meinung, daß die Zahl der deutschen Delegierten viel zu hoch ist und schon der Kosten wegen auf eine Verminderung gedrungen werden soll. In diesem Sinne soll eine Anregung an den Parteivorstand ergehen.

## Verschiedenes

Im Herbst dieses Jahres finden wieder Gemeindevorwahlen in größerem Umfange statt. Sie gewinnen fortwährend an Bedeutung für unsere Partei. Die Kreisorganisationen und die Genossen allerorts haben dafür zu sorgen, daß auch diese Wahlen gut vorbereitet und für die Agitation ausgenützt werden. — Wiederholt hatten wir uns auch mit Fahrlehnsgefahren zu beschäftigen. Wir weisen darauf hin, daß solche Gesuche zunächst vom Kreisvorstand geprüft sein müssen, ehe sie weitergegeben werden. Die letzte Entscheidung über solche Gesuche trifft der Parteivorstand in Berlin, da wir keine Mittel für diese Zwecke zur Verfügung haben.

Das Komitee berief im Laufe des Jahres 3 Bezirksbesprechungen, nahm an 4 Sitzungen der fünf Komitees sowie an 13 Kreisbesprechungen im Bezirk außerhalb Dresdens teil und war ständig in den Vorstandssitzungen der drei Dresdner Kreise vertreten. Das Komitee selbst hat 19 Sitzungen abgehalten. Insgesamt waren wir an über 100 Sitzungen beteiligt.

Posteingänge sind 509, Ausgänge 552 zu verzeichnen. Die zahlreichen telephonischen Gespräche sind nicht registriert. Auch als Auskunftsstelle muß das Komitee für auswärtige Genossen vielfach dienen.

## Die Abrechnung

ergibt folgendes Bild:

Einnahme vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910.	
Kassenbestand am 30. Juni 1909	1 164
Verlagsanfall Baden u. Komp.	1 000
Agitationskalender 1910	1 600
4. Kreis	750
7. Kreis	600
8. Kreis	240
<b>Zusammen</b>	<b>8 390</b>
Verwaltung	100
Posto. Telegramme und kleine Ausgaben	100
Fahrtgeld und Speise: Landeskonferenz, Sitzungen der 5 Komitees und Sitzungen in den einzelnen Kreisen	800
Eintrag durch Erlöse	168
Beitrag zum Parteivorstand	28
Beitrag zur Landtagswahl vom Parteivorstand	2 000
Zwei Dresdner Kreise	8 000
<b>Zusammen</b>	<b>22 217</b>

Ausgabe vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910	
Zentralkomitee-Umlage 1909/10	8 300
Agitationskalender 1910 (173 000 Stück)	8 890
Darlehen vom Parteivorstand zurückgezahlt	1 000
Darlehen 1. Kreis	300
Unterstützung 9. Kreis	50
Agitationstour Maria Kley - Berlin	179
Druckkosten	24
Verwaltung	300
Posto. Telegramme und kleine Ausgaben	69
<b>Zusammen</b>	<b>21 775</b>
Kassenbestand am 30. Juni 1910	461
<b>Zusammen</b>	<b>22 217</b>

\* Die Kosten für die Agitationstour der Genossin Kley sind zur Hälfte von der Zentralkasse in Berlin getragen worden. Dresden, am 16. Juli 1910.

Revidiert und richtig befunden: Wag Richter, Fr. Trocha, Joh. Thiem, Kaffner.

Der Wahlfonds, für den die drei Dresdner Wahlkreise Extrabeiträge (pro Quartal 10 Pf.) erheben, wird besonders verwaltet. Er hatte am 15. Juli 1910 einen Bestand von 11 226,83 M. Es wurden seit 1. Juli 1908 abgeliefert: 4. Kreis 3 877,90, 5. Kreis 1 625, 6. Kreis 5 500, Extraeinnahme 125,65, Zinsen 108,29 M. Die Generalversammlung des 5. Wahlkreises hat kürzlich beschlossen, die Leistung des Extrabeitrages statutarisch festzusetzen. Es ist dann jedes Mitglied unbedingt verpflichtet, den Betrag zu zahlen. Der Beschluß ist nur zu begrüßen. Dresden, den 1. August 1910.

## Das Bezirksagitationskomitee in Dresden.

### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Metallarbeiterverband als „Förderer der Religion“.  
Durch einen Teil der bürgerlichen Presse in unserem Kreise machte kürzlich folgende Notiz die Runde, die auch das Reichsverband zur Bekämpfung der Unfreiheit geistiger Grenzblätter brachte.  
„Religion ist Privatsache.“  
„Religion ist Privatsache“ — so lautet eine Hauptformel der Sozialdemokratie. Unter gewissen Einschränkungen könnte man dem Satz beipflichten; aber die Latzen der Sozialdemokraten gegenüber ihren Worten in dieser Frage lehren nur das eine, daß die Religion für einen wackeren Mann das durchaus nicht mehr sein soll: Wer an Marx und Lassalle glaubt, braucht nicht mehr an den „lieben Gott“ zu glauben. Freilich offen sagt das noch nicht jeder sozialistische Führer. Aber in diesem Sinne wird gehandelt. Hierfür ein neues Beispiel, und zwar aus der „Stadt der Intelligenz“, aus Berlin. Eine Frau hatte einen Berliner Arbeiter gebeten, am Tage ihres heimgegangenen Mannes die Leichentruhe zu halten; aber der Metallarbeiterverband erlaubte es nicht, wie aus nachstehendem Schreiben hervorgeht, das die arme Witwe an den Arbeiter sandte. Der und vorliegende Brief lautet wörtlich folgendermaßen:  
„Hochgeachteter Herr Arbeiter!  
Unter dem größten Bedauern sehe ich mich genötigt Euer Hochwürden mitzuteilen, daß der Metallarbeiterverband jede flechtliche — Vererbung ablehnt. Ich bitte deshalb Euer Hochwürden höflichst um Entschuldigung; Ich möchte mich dem Verband insofern anschließen, weil ich sonst verschiedener Vorteile entzogen würde.“  
Mit vorzüglicher Hochachtung  
zeichnet  
(folgt die Namensunterschrift).“

Es hier wirklich die „Religion zur Privatsache“ geworden? Kennzeichnet diese Handlungsweise des Metallarbeiterverbandes sich nicht als schlimmster sozialdemokratischer Terrorismus? Und um nicht gewisser Vorteile verlustig zu gehen, folgt, muß die arme bedauernswerte Witwe dem Danksprüche der Verächter aller Religion folgen. Man darf gespannt sein, welche Worte des „Religionsförders“ der Vorwärts für diesen Ausbruch von Härte haben wird, der so recht das wahre Wesen, den „Zuchthauscharakter“ der sozialdemokratischen Partei klarlegt.  
Und das Grenzblatt fügt hinzu: „So macht der Terrorismus der Sozialdemokratie selbst vor den Toten nicht halt!“  
Hierzu schreibt uns der Metallarbeiterverband:  
„Wie immer, so ist auch hier wieder die Sache direkt auf den Kopf gestellt. In Wirklichkeit steht es folgendermaßen:  
Nachdem wir seit Jahren die Beobachtung gemacht haben, daß die meisten Prediger eine Begleitung der Leiche und auch eine Grabrede ablehnen, wenn ein Kranz unseres Verbandes, dem Verstorbenen gewidmet, im Leichenhause getragen wird, stellen wir an Angehörige unserer verstorbenen Mitglieder die Frage, ob beim Begräbnis ein Prediger zugegen sei. Wird diese Frage bejaht, dann unterbleibt die Kranztragung. Es soll damit verhütet werden, daß hässliche Auseinandersetzungen zwischen den Leidtragenden und dem Prediger am offenen Grabe stattfinden, wie das leider früher schon häufig der Fall war. Es ist schon mehrere Male vorgekommen, daß die Prediger am Grabe umkehrten, als sie den Kranz unseres Verbandes bemerkten. Das war für die Leidtragenden immer sehr peinlich. Und darum unsere Maßnahme, die ja wohl von jedermann, mit Ausnahme der Postredakteure, als korrekt bezeichnet werden wird. Wir wollen aber nicht verbergen, noch zu erwähnen, daß einige Prediger tolerant genug waren, trotz unseres Kranzes ihre Grabrede zu halten, aber es waren das nur sehr seltene Fälle.“

Jedemwelschen materiellen Schaden haben die Frauen oder sonstige Angehörige verstorbenen Mitglieder nicht, wenn ein Prediger die Leiche begleitet. Es ist eben der oder die Beileichreiberin im Irrtum. Da wir jährlich etwa 250 bis 270 Sterbefälle haben, bemüht sich vielleicht einmal ein Postredakteur, einen Fall ausfindig zu machen, wo eine Hinterbliebenenunterstützung wegen der Begleitung eines Predigers nicht ausbezahlt ist. Andere Ansprüche aber als Hinterbliebenenunterstützung haben Angehörige unserer verstorbenen Mitglieder nicht.  
Wenn nun die Post sich erdreistet, von „Religionsfördern“ zu reden, so möchten wir darauf noch bemerken, daß durch die Anpöbelungen der Post wie nicht schonig geworden sind. Es ist ja bekannt, daß die Poststellen und bekämpfen müssen, und da es nicht anders geht, „arbeiten“ diese Leute eben gemüßwillig mit Lüge und Verleumdung.  
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.“

## Notales.

### Zementwarenarbeiter.

In der Zementwarenfabrik von Duderhof u. Widmann in Dresden-Coschubau haben am Montag die Arbeiter die Arbeit niedergelegt wegen vermehrter Lohnerhöhung. Alle seit sechs Wochen geführten Verhandlungen sind erfolglos geblieben. Alle Zementarbeiter werden ersucht, Arbeitsangebote der Firma vorläufig nicht anzunehmen.

### Zahlstelle Dresden des Fabrikarbeiter-Verbandes.

### Zum Droschkenführerstreik.

Die bürgerlichen Blätter verbreiten den Beschluß der Droschkenbesitzervereine. Danach sollen die Droschkenführer die Arbeit am Donnerstag zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen. Das ist ausgeschlossen. Noch stehen über 200 Mann fest zur Sache. Das eine so große Zahl von Droschken in Betrieb ist, ist darauf zurückzuführen, daß über 140 Besitzer mit ihren Angehörigen als Rutscher fungieren. Die aus Unterstand oder durch festes gebliebenen Droschkenführer werden die Herren Besitzer wohl kaum als wertvolle Rutscher schätzen. Die Empörung über die Unbilligkeit der Unternehmer hat nun auch die Chauffeure ergriffen. Diese nahmen gestern abend und heute früh in vorzüglicher Besetzung Versammlungen folgende Resolution an:  
„Sämtliche Chauffeure der Automobil-Droschkengesellschaft erlauben die Verbandsleitung dringend, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, um den streikenden Droschkenführern den Kampf zu erleichtern. Sie verpflichten sich, wenn es notwendig werden sollte, sofort die Arbeit niederzulegen, überlassen es aber der Verbandsleitung, Tag und Stunde der Arbeitsüberlegung zu bestimmen.“

Dieser Beschluß dürfte leicht zu einer gänzlichen Aenderung der Sachlage führen. Wir erlauben auch weiter um Unterstützung in diesem schweren Kampfe.  
Die Verbandsleitung.

Die Dresdner Nachrichten hatten eine offenbar von den Droschkenbesitzern veranlaßte Notiz gebracht, in der u. a. auch behauptet wurde: „Der geistige Urheber des Streiks ist der Deutsche Transportarbeiter-Verband, dessen Leiter so lange agitiert haben, bis es zur Streiterklärung kam. Viele der Droschkenführer sollen der Arbeitsüberlegung durchaus abgeneigt sein.“





Das Bildnis des ...

Beitragende ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Spiele und Sport ...

Stimme ...

Beitragende ...

Beitragende ...

Dresdner Kalender

Theater, Repertoire ...

Volksbildungsvereine ...

Sammlungen ...

Jugend-Bildungsverein von Dresden

Abteilung ...

Der Stutengarten

Professor ...

Heute ...

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“

„Ich ...“





